

Erscheint täglich früh 6 1/2 Uhr.

Verkauf und Expedition: Buchhandlung des Verlegers: Hermann'sche Buchhandlung, Berlin, Unter den Linden 10-12 Nr. 10. Donnerstags 4-6 Uhr.

Bei der Redaktion eingelangte Manuskripte werden nicht zurückgegeben.

Konkurrenz der für die nächsten Nummer bestimmten Manuskripte an Wochentagen bis 1 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Feiertagen früh bis 7 1/2 Uhr.

In den Fällen für Zus. Annahme: Otto Klemm, Unter den Linden 72, und die Buchhändler: K. H. Müller, Unter den Linden 15, Nr. 10 bis 1/2 Uhr.

Leipziger Tageblatt

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Nr. 240.

Donnerstag den 28. August 1879.

73. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Die Concurrenz-, Tischler-, Schloffer- und Malerarbeiten an dem Neubau der Schule an der Sebastianus-Strasse sollen vergeben werden. Aufschlagformulare und Bedinungen sind in dem Bureau auf dem Campus zu erhalten. Die Gebote sind versiegelt und mit der Aufschrift „Sebastianus-Schule“ versehen bis Donnerstag, den 4. September, Abends 5 Uhr auf dem Bureau einzureichen. Die Deputation des Rates.

Bekanntmachung.

Wir bringen hierdurch zur öffentlichen Kenntniss, dass am Nationalfeiertag Deutschlands, den 2. September, Vormittags 10 Uhr ein Tanz- und Festgottesdienst in der Thomaskirche stattfinden wird. Leipzig, den 28. August 1879.

Die Kircheninspektion für Leipzig.

Der Superintendent. Dr. H. B. Balentiner. In vice Eph. Der Rath der Stadt Leipzig. Dr. Georg. Messerschmidt.

Bekanntmachung.

Für den Termin Michaelis dieses Jahres sind vier Wundarztstellen im Betrage von 77 A 4 6/7 und einmal 40 A 47 1/2 an hiesige unbedeutende arme Bürgerstädter, welche sich seit Michaelis d. J. verheiratet haben, von und zu vergeben und sind schriftliche Gesuche darum unter Beifügung der Eheheirathsbescheinigung, eines von zwei hiesigen Bürgern bei Bürgerrecht ausgestellt, demnach über die Unbedeutendheit und Bedürftigkeit der Bewerberin, sowie, was das eine, nur an einem Schwere zu vergebende Wiederlehrerliche Stipendium von 40 A 47 1/2 anlangend, einer Bedarfsbescheinigung bis zum 31. August c. auf dem Rathhause, 1. Etage, Zimmer Nr. 18, einzureichen. Leipzig, den 19. August 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig. Dr. Erdmann. Richter.

Bekanntmachung.

Die Aufwahrterstelle an der Unterwärts-Bibliothek ist besetzt, was hierdurch den Interessenten bekannt gemacht wird. Dr. Strehl.

Die Neconserwativen.

NLC. Berlin, 26. August. Das Parteileben, wie es sich im Verlaufe der letzten Zeit gestaltet hat, ist eine Kette von Überraschungen, ein Wechsel grosser Contraste. Die zu der Reichsregierung in intimen Beziehungen stehende, sich selbst als „freiwillig-gouvernemental“ bezeichnende „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht einen bisher unvorhergesehenen Artikel über die „Neconserwativen“ Partei. Das Blatt mag also wohl das eigentliche Organ dieser Partei sein. Um so mehr mag der Organist dieser Partei sein. Um so mehr mag der Organist dieser Partei sein. Um so mehr mag der Organist dieser Partei sein.

thut, die Regelung der Unterhaltungspläne der Volksschule, sondern jene Regelung des ganzen Unterrichtswesens, welche Artikel 26 der Verfassung verheißt. Wir sind ferner nicht klar über die Absicht des Hrn., was der Rufus in Bezug auf den confessionellen Charakter der Volksschule und den Religionsunterricht sagt. Artikel 24 der Verfassung bestimmt: „Bei der Einrichtung der öffentlichen Volksschulen sind die confessionellen Verhältnisse möglichst zu berücksichtigen. Den religiösen Unterricht in der Volksschule leiten die betreffenden Religionsgesellschaften.“ Man weiß, welche heftige Kämpfe der Cultusminister Fall wegen der Auslegung und Handhabung gerade dieser Bestimmung zu bestehen gehabt hat. Was soll es nun bedeuten, wenn der neconserwativen Rufus sagt: „So weit nicht zwingende Ausnahmegründe vorliegen, ist der confessionelle Charakter der Volksschule zu erhalten, und die Leitung des Religionsunterrichts den Religionsgesellschaften zu überlassen.“ War man mit der hiesigen Auffassung einverstanden, so würde es jedenfalls verständlicher gewesen sein, wenn man sich, wollte man diese Dinge überhaupt erwähnen, einfach auf die bisherige, der Verfassung gemäß geübte Praxis beziehen hätte. Man wird also wohl annehmen müssen, daß die Neconserwativen die Bestimmungen der Verfassung anders verstanden wissen wollen.

Ganz entschieden entgegenzutreten müssen wir der Behauptung, daß eine Verlängerung der Budgetperiode nicht eine Abschwächung, sondern eine Stärkung des Ansehens und der Bedeutung der Parlamente zur Folge haben würde. Wir unterstützen vielmehr darin die schwerste Schwächung einer der materiell wichtigsten Befugnisse der Volksvertretung erblicken. Im Uebrigen nimmt sich die Bereitwilligkeit zu dieser tiefgreifenden Veränderung der Verfassung um so eigentümlicher aus, als der Rufus ausdrücklich verheißt: „Die conservatивe Partei steht auf verfassungsmäßigem Boden.“ Freilich wird diese Versicherung sofort dahin interpretirt, daß die Partei allen Bestrebungen entgegenzutreten wird, welche auf Kosten der constitutionellen Rechte der Krone die Macht des parlamentarischen Regime erweitern wollen. „Ob und wo derartige Bestrebungen sich geltend zu machen suchen, wird nicht gesagt. Wir unterstützen vielmehr ebenfalls keine Schwächung der constitutionellen Rechte der Krone; aber wir glauben dadurch, daß wir auch die constitutionellen Rechte des Volkes und seiner Vertretung heilig gehalten wissen wollen, den wahren Interessen der Krone besser zu dienen, als jene, welche wesentliche Rechte des Parlaments so leichtem Herzens anzugehen entschlossen sind. Die Verfassung ist ein Palladium für Alle! Dies zu bedenken sollten doch am wenigsten diejenigen unterlassen, welche ein Verrecht auf den Namen „conservativ“ zu haben glauben.“

Politische Uebersicht.

Leipzig, 27. August.

Die Wahlen zum preussischen Landtage haben dem Stillstande im politischen Leben nunmehr ein Ende gemacht. Die Vorbereitungen dazu werden mit großer Energie gefördert und alle Parteien sind dabei, durch Proclamation ihrer Grundzüge Einfluß bei den Wahlen zu gewinnen. Wir haben mit Sorgfalt hervorgehoben, wie sich die gemäßigten liberalen Parteien, die nicht nur für ihren Fraktionsbestand, sondern für die Rechte und Eigenschaften des gesammten deutschen Bürgerthums in den Wahlkampf eingetreten ist, zu den anderen Parteien zu stellen, hier Hülfe mit verwandten Elementen — sei es nach rechts, sei es nach links — zu gewinnen, sich dort in scharfen Grenzlag zu schädlichen Extremen zu setzen sucht. Unser „casotum casum“ richtet sich zunächst dahin, daß die nationalliberale Partei in sich einzig und geschlossen an das Werk gehen und sich nur insoweit in die Opposition drängen lassen soll, als es notwendig ist, um der gewaltigen Umkehr auf den

Gebieten der Wirtschaft, der Schule und Kirche, wie sie von den Staatsmännern der „neuen Aera“ geplant wird, ihr veto entgegen zu stellen. Wir haben die feste Zuversicht zu ihrer Lebenskraft, daß sie bei einseitiger und fluger Leitung geklärt und gestärkt aus den Wahlen hervorgehen und den leitenden Staatsmann daraus hinweisen wird, wieder sorgfältig mit ihr zu rechnen, wenn es sich darum handelt, sein großes Werk mit Erfolg weiter auszuführen. Jedes Anzeichen für ein ehevolles Zusammengehen in diesem Sinne werden wir mit Freuden begrüßen. Für jetzt handelt es sich für die Partei darum, sich auf ihre Unabhängigkeit, einzig zu sein und darin ihre Stärke zu zeigen. Ueber den Erfolg der Wahlbewegung schreibt uns unser Berliner Correspondent in einem Berichte vom Dienstag: „Die heutige Redung der „Norddeutschen Allgemeine Zeitung“, daß in der Sitzung des nationalliberalen Wahlcomité am Sonntag gegen die Wahlen der Herren v. Forckenberg, Passer u. A. die Aufhebung eines Passus in dem nationalliberalen Wahlgesetz durchgesetzt worden ist, der die Zustimmung der Partei zu zweijährigen Legislaturperioden ausdrückt, können wir nicht für richtig, wenigstens aber als auf einem Mißverständnisse beruhend erachten. Die nationalliberale Partei würde durch eine solche Erklärung ihre Stellung in den Provinzen schwächen. In ihrem heutigen Programmblatt leitartikel über die „Nat. Ztg.“, die über die Vorgänge im nationalliberalen Wahlcomité offenbar sehr unterrichtet ist, als das freiwillig-gouvernementale Blatt, in sehr entschiedener Weise gegen die zweijährigen Legislaturperioden, indem sie sehr bestimmt ausdrückt: „Die Festhaltung des Budgets von Jahr zu Jahr ist eine gute altpreussische Einrichtung und es liegt gar keine Veranlassung vor, davon zu rütteln.“ Um so unwahrscheinlicher ist es, daß die Centralleitung eine solche, von so hervorragenden Männern, wie Forckenberg und Passer, bekämpfte Forderung ausgeben wird. Was man von der Wahlbewegung zu meist vernimmt, ist oft nicht allzu erfreulich. Fast täglich bringen die öffentlichen Blätter und Privatbriefe an die hiesigen Centralstellen immer neue Kunde von den sich häufenden Rabatstuniederlegungen bewährter liberaler Männer. Und es ist ein schmerzlicher Gedanke, es ausgesprochen zu müssen: Das geschieht gerade an den durch die Reaction am meisten bedrohten Punkten. Kein Wort soll den Ablehnenden daraus gemacht werden: schon über ihre Jahre, über ihre Kräfte und sonstigen amtlichen und persönlichen Verhältnisse hinaus haben die meisten von ihnen die Hände und Verantwortungen des hervorragenden Vertrauenspostens, mit welchem ihre Mitbürger sie beehren konnten, opferwillig getragen. Aber die Zeit der Aufstrebens aus dem öffentlichen Dienste kommt gerade jetzt der liberalen Sache allzu ungelogen, denn der jüngere Nachwuchs, der an die Stelle der Alten treten sollte, hat gar sonderbare Früchte hervorgebracht, wie das von den Zeitungen genugsam belächelte Beispiel des in Pommern kandidirenden Kreisrichters von Hagenow, der noch im vorigen Jahre für einen liberalen Functionen hielt, ein einseitig aber einseitig, daß er sich ganz gründlich geirrt habe und daß er im Grunde seines Herzens immer gut gouvernemental gewesen sei, mit aller Deutlichkeit bewiesen hat. Wie gesagt, gerade an den bedrohtesten Punkten in Ost- und Westpreußen, Pommern u. a. mehren sich die Ablehnungen. In Ostpreußen haben schon die Wiederannahme eines Mandats mehr oder minder entschieden abgelehnt: Die Abg. Dr. Kahlis (Kastenburg-Gersowen-Friedland), Sch. Ober (Danzig), Wegli (Stahm-Rarierwerber), Dr. Bergentzsch und v. Vega (Thorn-Ealm), in Pommern: Dr. Dammann (Greifswald-Grimsin), Dalen (Härstenthum) u. s. w. Diese Beispiele liegen sich leicht vermehren; es steht nur zu hoffen, daß mancher der Borgenannten durch

den Wunsch seiner Parteigenossen sich noch rechtzeitig bewegen lassen wird, seine Ablehnung zurückzunehmen. Wenn noch in der letzten Versammlung der Christlich-Sozialen Prebiger Diebstahlkamp vertheidigen konnte, daß die vereinigten Conservativen die Candidatur des Hosprediger Sieder für Berlin acceptirt hätten, so ist seitdem doch, wie wir hören, eine Störung des herrlichen Verhältnisses zwischen den Conservativen und Christlich-Sozialen eingetreten. Ramentlich die reactionären Künstler, die Herren Brandes, Bierberg, Köppen, sollen sich geweigert haben, durch Unterstützung der Sieder'schen Candidatur ihre ohnehin unpopuläre Partei geradezu der Väterlichkeit preiszugeben, der nun einmal die fromme Gesellschaft der Christlich-Sozialen angehängt ist. — Man berichtet, daß der Director des hiesigen Gymnasiums zum grauen Kloster, Professor Dr. Hoffmann, Abgeordneter des I. Berliner Landtagswahlbezirks, kein Mandat wieder annehmen wolle. Freilich ist die Aussicht auf das Zustandekommen des Unterrichtsgesetzes, für das er sich 1873 und 1876 wählten ließ, nach Dr. Fall's Abgang in nebelgraue Ferne geträgt. Soweit d. Bericht. Nachdem die nationalliberale Partei Hannover's ihren Wahlkreis erhoben hat, darf man begierig sein, zu hören, wie die weisse oder „deutsch-hannoversche“ Partei darauf antwortet. Einen spezifisch ostpreussischen Antrag des Grafen Knyphausen und Genossen wird sie ja doch auch nicht indirect für ihre Antwort gelten lassen wollen, denn dieser fordert unverblümt zur „Unterstützung der preussischen Staatsregierung in ihrer gegenwärtigen conservativen Haltung“ auf. Herrn Brühl und dessen Freunden geistlichen und weltlichen Standes, die bisher das preussische Regiment lediglich für eine Fremdberrschaft, ähnlich der einmaligen napoleonischen, erachten wollten, würde ein so unerhörter Sprung doch wohl fast den Hals brechen. Aber sie können kaum bestreiten, daß Herr Graf Knyphausen früher einer der Ihriken war oder ihnen mindestens sehr nahe stand. Noch weniger können sie sich aus der Solidarität mit dem ehemaligen Minister und späteren Reichsvertreter des Königs Georg, Herrn Windthorst-Weppe, loswindeln. So lange sie schweigen, wird man sie vielerwärts nach diesen theils in Worten und theils durch Thaten bereiten alten Befehlsbefolgen beurtheilen. Man wird ihnen am Ende gar zutrauen, daß sie sich heimlich auf den Weg gemacht haben, der von den oben W. Herrn Walzons zu den Fleischhaken Ägyptens führt, von der immer hoffnungsloser werden: Aussicht auf eine Restauration des Welfen-Königreichs zu der Kamarschaft auf die Kunst der preussischen Regierung. Doch werden sie freilich auch diese letztere schwerlich erlangen, bevor sie nicht von ihrer Stimmwandlung öffentlichen Profes gemacht haben; denn so lange sie das Recht des Staates auf ihre heimathliche Provinz nicht ausdrücklich anerkennen, sind des Staates Vertreter doch nicht in der Lage, sich ihrer näher anzunehmen. Wir haben von unserem nicht bloß einseitig liberalen, sondern zugleich patriotischen Standpunkt so viel nicht dagegen einzuwenden, daß die bisher weisse gefesteten Celledate und Faktoren in Hannover ihren früher oder später unausbleiblichen Uebergang aus der Vergangenheit in die Gegenwart durch das altpreussisch-conservativ Lager nehmen. Der Liberalismus verliert an ihnen Nichts, und Preußen gewinnt so viel oder so wenig, wie sie ihm nun eben werth sind. Allein vermöge der im Kriege erfolgten Annexion sind bis jetzt noch mit ihnen politisch verknüpft Bestandtheile, denen ein solcher, selbst nur vorübergehender Aufenthalt unmöglich zusagen kann, und die, falls sie ihrerseits mit dem preussischen Staate ihren Privatfrieden suchen wollen, dafür leicht bessere, ihren sonstigen Ansichten und ihrer Lage gemähere Stellen finden möchten. Diesem Bestandtheile der Welfenpartei schadet die Geheimthätigkeit und todt Stille, in welche ihre Führer sich lassen. Ihnen sollten